



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI



Die Landwirte wissen es: Trägt ein Acker keinen Ertrag mehr, muss er umgepflügt werden. Dieses einfache Bild sollte sich die Landespolitik einprägen, wenn es um die Reform der Öffentlichen Verwaltung geht. Die Schiefelage, in der sich die Landesverwaltung heute befindet, ist beträchtlich: Unausgewogen ist die Verteilung zwischen Alt und Jung, unausgewogen das Verhältnis von Frauen und Männern, zu stark das Vorherrschen niedriger Funktionsebenen im Vergleich zu höheren. Als Sahnehäubchen dazu kamen ab 2009 die Einschränkungen durch den Aufnahmestopp sowie die Kürzung der Budgets. Nach dem Motto: Wenn etwas nicht funktioniert, dann kürzen wir es einfach pauschal um 3%, dann wird's besser.

Wie soll unter diesen Voraussetzungen dem berechtigten Anspruch nach einer effizienteren Verwaltung entsprochen werden? Aber dem nicht genug: gekürzt wurden auch die Berateraufträge (vielfach die einzige Möglichkeit, um Knowhow in die Organisation zu holen) und die Außendienste (was stets Weiterbildung bedeutete). Vom Gesichtspunkt der Steigerung der Arbeitsproduktivität ist es jedenfalls gerade der falsche Ansatz. Doch ganz alleine schuld ist die Landesverwaltung ja auch nicht.

Den Acker umpflügen

*Die Allgemeinheit schreit nach einer **effizienten Öffentlichen Verwaltung**. Dieser Anspruch ist berechtigt. Dass dies durch die **Einfröierung der Budgets** und einem **Aufnahmestopp** erreicht werden kann, das ist ein Irrglaube.*

Über viele Jahre diente sie als Auffangbecken. Und bis auf heute wird die Funktion der sozialen Verantwortung vorwiegend vom Öffentlichen Sektor wahrgenommen – siehe die hohe Frauenpräsenz bzw. das Angebot an Arbeitszeitmodellen, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Will die Privatwirtschaft eine effiziente Öffentliche Verwaltung, so muss auch sie ihren Teil an sozialer Verantwortung übernehmen – wie dies funktioniert, machen andere Länder in Europa vor. Was die Angleichung der Mutterschaftsregelungen betrifft, sollte man sich auf

einen goldenen Mittelweg verständigen. Im Jahr 2030 die beste Öffentliche Verwaltung Europas zu sein – diesen Anspruch soll die Landespolitik an die eigene Verwaltung stellen. Dafür braucht es Mut zum Umkrempeln. Beschäftigungsgarantie heißt nicht, am eigenen Schreibtisch festzukleben. Und lebenslanges Lernen muss von Landesbediensteten vorausgesetzt werden können! Auf den neuen Generaldirektor warten große Aufgaben. Dafür braucht es Rückgrat. Und Bereitschaft zur Abkehr von alten Mustern. Südtirol wird es ihm danken.